



Sonderumfrage Wahlabsichten

Bürgerbefragung

„Öffentlicher Dienst“

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger

2017



dbb
beamtenbund
und **tarifunion**

**Politische Stimmung im
Öffentlichen Dienst im Vorfeld
der Bundestagswahl 2017**

16. August 2017
q7461.02/35151 Gü/Le

Schreiberhauer Straße 30
10317 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0

Inhaltsverzeichnis

Datengrundlage	1
1. Die wichtigsten Aufgaben der neuen Bundesregierung	2
2. Themen im Wahlkampf	3
3. Interesse für Politik	4
4. Zufriedenheit mit der Demokratie	5
5. Parteibindung und politische Selbsteinschätzung	6
6. Einschätzung der politischen Kompetenz der Parteien	9
7. Meinungen zu den Kanzlerkandidaten von Union und SPD	13
8. Stand der Entscheidungsprozesse der öffentlich Bediensteten zu Beginn der „heißen Phase“ des Wahlkampfs zur Bundestagswahl	15
9. Koalitionspräferenzen	18
10. Zusammenfassung	21

Datengrundlage

Im Auftrag des dbb Beamtenbund und Tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH im Jahr 2017 im Vorfeld der Bundestagswahl im September 2017 u.a. die Einstellungen der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten zu verschiedenen Themenbereichen, deren Einschätzung der Parteienkompetenzen und die Wahlabsicht der öffentlich Bediensteten untersucht.

Die Erhebung fand vom 26. Juli bis 9. August 2017 statt. Im Rahmen dieser Befragung wurden 1.003 Beamte bzw. Tarifbeschäftigte des Öffentlichen Dienstes mithilfe computergestützter Telefoninterviews befragt.

Die im nachfolgenden dargestellten Befunde der Untersuchung sind mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (bei der vorliegenden Untersuchung max. +/- 3 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst übertragbar.

1. Die wichtigsten Aufgaben der neuen Bundesregierung

Von fast der Hälfte der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst (48 %) wird das Thema Flüchtlinge und deren Integration als das wichtigste Problem, um das sich die neue Bundesregierung nach der Wahl im September kümmern muss, gesehen. Mit deutlichem Abstand folgt die Schul- und Bildungspolitik (22 %), die soziale Gerechtigkeit (18 %), der Umwelt- und Klimaschutz (17 %) sowie die Sicherung der Renten bzw. Pensionen und der Schutz vor Altersarmut (16 %). Für 15 Prozent ist die innere Sicherheit bzw. die Terrorbekämpfung das wichtigste Problem.

Dass sich die neue Bundesregierung vor allem um die Flüchtlingssituation und die Integration der Flüchtlinge kümmern muss, meinen Beamte etwas häufiger als Tarifbeschäftigte. Für Tarifbeschäftigte hat das Thema Rentensicherung bzw. Altersarmut einen etwas höheren Stellenwert als für Beamte.

▪ Die wichtigsten Probleme, um die sich die neue Bundesregierung kümmern muss

Die wichtigsten Probleme, um die sich die neue Bundesregierung kümmern sollte, sind:	insge-*)	Beamte	Tarif-
	samt %	%	beschäftigte %
- Flüchtlinge, Integration	48	54	44
- Schul- und Bildungspolitik	22	24	21
- Soziale Gerechtigkeit	18	18	18
- Umwelt- und Klimaschutz	17	20	15
- Rentensicherung, Altersarmut	16	11	19
- innere Sicherheit, Terror- bekämpfung, Kriminalität	15	18	13
- Lage am Arbeitsmarkt, Sicherung der Arbeitsplätze	11	10	11
- Europapolitik, Zusammenhalt in der EU	10	14	8
- Wirtschaftspolitik	10	12	8
- Abgasproblematik, Diesel	9	9	9
- Gesundheitspolitik, -versorgung, Pflege	8	3	11
- Außenpolitik allgemein	7	7	7
- faire Bezahlung	7	6	7
- Steuer- und Finanzpolitik	6	6	7
- Betreuungsmöglichkeiten für Kinder	6	3	7
- Infrastruktur	5	6	5
- Familienpolitik, -förderung	4	3	5
- Sicherung des Friedens	4	5	3
- Energiewende	3	3	4
- Lage am Wohnungsmarkt	3	3	3
- Verkehrspolitik	3	4	2
- Angebote für Kinder und Jugendliche	3	2	3

*) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich; dargestellt sind Nennungen ab 3 Prozent

2. Themen im Wahlkampf

Zwei Drittel der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten (65 %) gehen davon aus, dass im jetzt anlaufenden Wahlkampf zur Bundestagswahl die Flüchtlingspolitik bzw. die Integration der Flüchtlinge eine besonders wichtige Rolle spielen wird.

22 Prozent meinen das von der Terrorbekämpfung, 15 Prozent vom aktuellen Diesel- bzw. Abgas-Skandal, 14 Prozent von der Rentenpolitik, 13 Prozent vom Thema soziale Gerechtigkeit.

▪ Die wichtigsten Themen im Wahlkampf

Im jetzt anlaufenden Wahlkampf zur Bundestagswahl wird eine besonders wichtige Rolle spielen:	insge-*) samt %	Beamte %	Tarif- beschäftigte %
- Flüchtlingspolitik, Integration	65	70	61
- (Innere) Sicherheit, Terrorbekämpfung	22	26	18
- Diesel-Skandal, Abgas-Affäre	15	17	14
- Rentenpolitik, Altersarmut	14	10	16
- Soziale Gerechtigkeit	13	16	11
- Zukunft der EU	11	12	10
- Umwelt- und Klimaschutz	10	12	9
- Bildungspolitik	8	10	7
- Lage am Arbeitsmarkt	7	7	7
- außenpolitische Beziehungen	6	8	5
- Wirtschaft, -wachstum	6	9	5
- Steuerpolitik	6	7	5
- Außenpolitik allgemein	4	4	4
- Autoindustrie allgemein	3	4	3
- Kriminalität, Extremismus	3	2	3

*) offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich; dargestellt sind Nennungen ab 3 Prozent

3. Interesse für Politik

54 Prozent der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst interessieren sich stark oder sogar sehr stark für Politik. Damit interessieren sich die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst in ähnlichem Maße für Politik wie die Wahlberechtigten insgesamt.

Beamte interessieren sich für Politik in stärkerem Maße als Tarifbeschäftigte.

- **Interesse für Politik**

Es interessieren sich für Politik

	(sehr) stark %	mittel/ *) wenig %
Wahlberechtigte insgesamt **)	53	45
Öffentlicher Dienst insgesamt	54	44
Beamte	63	37
Tarifbeschäftigte	47	49
Anhänger der: CDU/CSU	54	46
SPD	60	40
Grüne	58	41
Linke	65	34
FDP	61	39
AfD	72	29

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

**) Ergebnisse der großen forsa-Wahlstudie im Vorfeld der Bundestagswahl mit mehr als 10.000 Befragten

4. Zufriedenheit mit der Demokratie

Mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, sind zwei Drittel (67 %) der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst zufrieden. Bei den Beamten ist die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland deutlich größer als bei den Tarifbeschäftigten.

Die Demokratiezufriedenheit der öffentlich Bediensteten (sowohl der Beamten als auch der Tarifbeschäftigten) ist größer als bei den Bundesbürgern insgesamt, von denen 53 Prozent mit der Demokratie in Deutschland zufrieden sind.

Die öffentlich Bediensteten in den neuen Bundesländern sind mit dem demokratischen System in Deutschland weniger zufrieden als die öffentlich Bediensteten in den alten Bundesländern. Damit zum Teil korrespondierend sind auch die in den neuen Ländern zahlreicheren Anhänger der Linkspartei mit der Demokratie weniger zufrieden als der Durchschnitt aller Beamten und Tarifbeschäftigten.

Extrem unzufrieden sind die AfD-Anhänger im Öffentlichen Dienst.

- **Zufriedenheit mit der Demokratie**

	Mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht, sind		
	zufrieden	teils/teils	unzufrieden *)
	<u>%</u>	<u>%</u>	<u>%</u>
Wahlberechtigte insgesamt	53	36	11
Öffentlicher Dienst insgesamt	67	25	6
Beamte	76	19	4
Tarifbeschäftigte	62	30	7
Ost	53	39	7
West	71	23	6
Anhänger der: CDU/CSU	76	22	2
SPD	76	22	2
Grüne	81	18	2
Linke	53	38	10
FDP	75	18	7
AfD	14	36	51

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

5. Parteibindung und politische Selbsteinschätzung

Zwei Drittel der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst haben eine längerfristige Bindung an eine bestimmte Partei: 24 Prozent neigen der CDU/CSU, 20 Prozent der SPD, 11 Prozent den Grünen, 5 Prozent der Linkspartei und jeweils 2 Prozent der FDP bzw. der AfD zu.

34 Prozent der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst neigen keiner Partei zu.

Beamte neigen in etwas stärkerem Maße als die Tarifbeschäftigten der CDU/CSU zu.

Die in den neuen Bundesländern im Öffentlichen Dienst Beschäftigten neigen in stärkerem Maße als die in den alten Ländern Beschäftigten zur Union und zur Linkspartei.

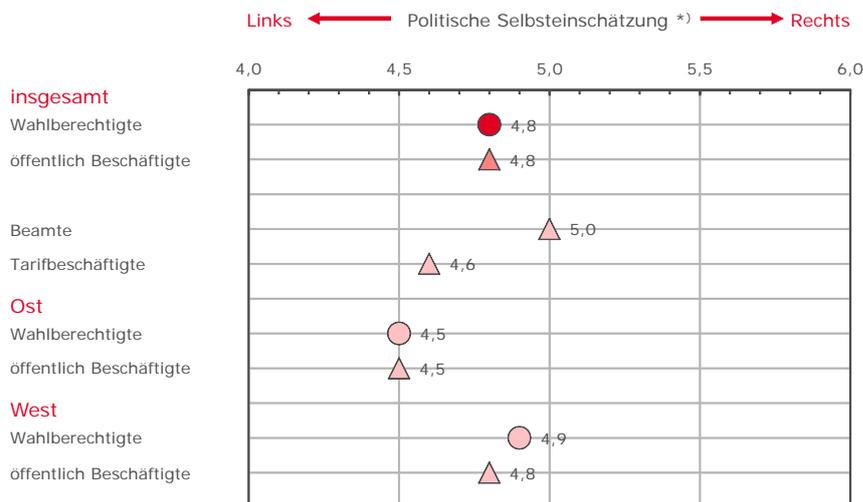
▪ Parteibindung

	Es neigen einer bestimmten Partei zu							
	ja, und zwar:							nein
	CDU/ CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD	sonstige Partei	
%	%	%	%	%	%	%	%	
Öffentlicher Dienst insgesamt	24	20	11	5	2	2	2	34
Beamte	29	19	9	3	3	2	1	34
Tarifbeschäftigte	21	21	12	6	2	2	1	35
Ost	30	11	8	10	2	2	1	36
West	23	22	12	3	2	2	2	34

Auf einer Skala von 1 bis 10, wobei 1 „links“ und 10 „rechts“ bedeutet, verorten sich die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst bei einem Wert von 4,8 in der Mitte des politischen Spektrums und damit exakt so wie die Bundesbürger insgesamt. Dabei verorten sich die Beamten etwas rechts, die Tarifbeschäftigten etwas links von der Mitte.

In den neuen Ländern ordnen sich die öffentlich Bediensteten ebenfalls ebenso wie die Wahlberechtigten insgesamt eher dem linken politischen Spektrum zu als die Wahlberechtigten und die öffentlich Bediensteten in den alten Bundesländern.

■ Politische Selbsteinschätzung (1)

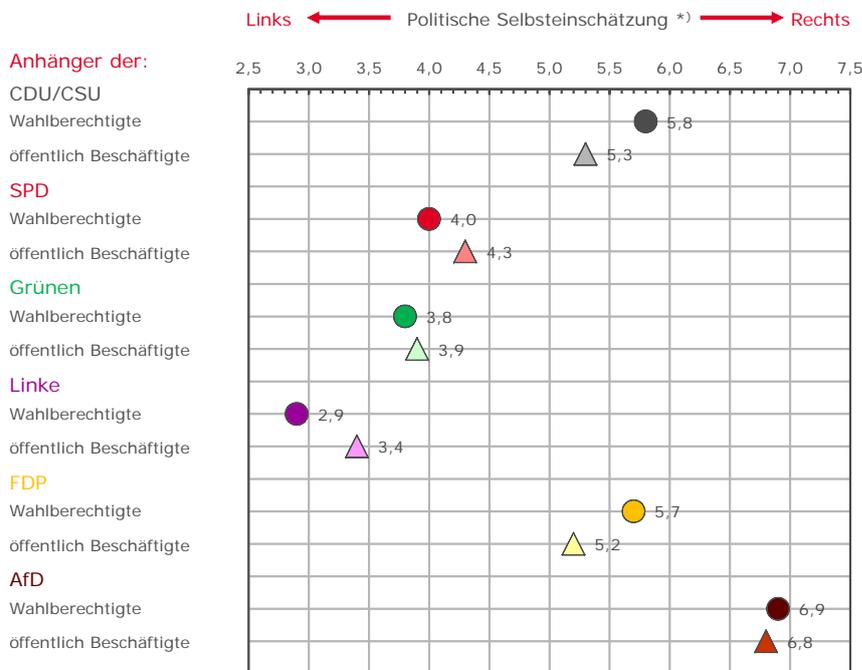


*) ermittelt anhand einer Skala von 1 („links“) bis 10 („rechts“); dargestellt ist jeweils der Mittelwert

Die öffentlich Bediensteten, die klare Parteipräferenzen aufweisen, verorten sich tendenziell eher zur politischen Mitte als die Parteianhänger insgesamt. So verorten sich z.B. die CDU/CSU-Anhänger generell bei 5,8, die öffentlich Bediensteten mit Präferenzen für die Union bei 5,3. Und die Anhänger der SPD verorten sich insgesamt bei einem Wert von 4,0, die SPD-Anhänger unter den öffentlich Bediensteten jedoch nur bei 4,3.

AfD-Anhänger unter den öffentlich Bediensteten stufen sich allerdings wie auch die AfD-Anhänger generell am äußersten rechten Rand ein.

■ Politische Selbsteinschätzung (2)



*) ermittelt anhand einer Skala von 1 („links“) bis 10 („rechts“); dargestellt ist jeweils der Mittelwert

6. Einschätzung der politischen Kompetenz der Parteien

Die befragten öffentlich Bediensteten wurden gebeten, bei 12 Politik- und Aufgabenbereichen anzugeben, welche Partei ihrer Einschätzung nach am ehesten geeignet sei, das jeweilige Problem oder die jeweilige Aufgabe zu lösen.

Bei 6 der 12 Politik- bzw. Aufgabenbereiche trauen die öffentlich Bediensteten der CDU, nur bei 2 Bereichen der SPD (Sicherung der sozialen Gerechtigkeit und Gewährleistung einer guten Gesundheitsversorgung) höhere Lösungskompetenz zu. Bei 3 Bereichen trauen die öffentlich Bediensteten Union und SPD gleichermaßen Lösungskompetenz zu (der Schaffung eines guten Schul- und Bildungssystems, der langfristigen Sicherung der Altersversorgung, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit). Beim Umwelt- und Klimaschutz werden weder Union noch SPD besondere Kompetenzen zugeschrieben. Hier wird nur den Grünen hohe Kompetenz zugetraut.

Der Union wird besonders zugetraut, die äußere und innere Sicherheit zu gewährleisten, die Staatsverschuldung abzubauen und die Infrastruktur im Land zu verbessern.

▪ Einschätzung der Problemlösungskompetenzen der einzelnen Parteien

Am ehesten geeignet, das Problem zu lösen, ist:

	CDU/ CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	sonstige Partei	keine Partei
	%	%	%	%	%	%	%
- Erhalt der äußeren Sicherheit	67	14	1	1	2	2	13
- Gewährleistung der inneren Sicherheit	65	16	2	0	2	3	12
- Begrenzung und Abbau der Staatsverschuldung	64	10	1	2	7	1	15
- Verbesserung der Infrastruktur im Land	46	18	8	1	11	1	15
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	38	40	1	7	3	1	10
- Einwanderung und Integration	36	29	9	4	3	5	14
- langfristige Sicherung der Renten und Pensionen	35	35	2	7	4	1	16
- Schaffung eines guten Schul- und Bildungssystems	31	29	8	7	9	1	15
- Sicherung einer guten Gesundheitsversorgung	28	41	6	6	5	2	12
- Bewältigung der negativen Folgen der Globalisierung	25	19	24	7	5	1	19
- Sicherung der sozialen Gerechtigkeit	12	54	5	15	3	1	10
- Umwelt- und Klimaschutz	10	7	71	1	2	1	8

Wichtiger für die Wahlentscheidung als die Kompetenz für einzelne Politikfelder ist jedoch die generelle politische Kompetenz, die einer Partei zugesprochen wird. Hier traut mehr als die Hälfte der öffentlich Bediensteten (53 %) der Union zu, mit den Problemen in Deutschland insgesamt am besten fertig werden zu können. Der SPD trauen das mit 19 Prozent deutlich weniger der öffentlich Bediensteten zu.

Im Vergleich zur Gesamtheit der Wahlberechtigten ist der Anteil der öffentlich Bediensteten, die keiner Partei politische Kompetenz zutrauen geringer: Während 46 Prozent aller Wahlberechtigten keiner Partei politische Kompetenz zutrauen, tun dies von den öffentlich Bediensteten nur 20 Prozent.

Das Zutrauen zur politischen Kompetenz der Union ist besonders ausgeprägt bei den Beamten sowie den öffentlich Bediensteten in den neuen Ländern.

Anhänger der Union unter den öffentlich Bediensteten sind von der politischen Kompetenz „ihrer“ Partei deutlich überzeugter als die SPD-Anhänger unter den Beamten und Tarifbeschäftigten.

▪ **Einschätzung der politischen Kompetenz der Parteien**

	Mit den Problemen in Deutschland wird am besten fertig			
	CDU/CSU	SPD	sonstige Partei	keine Partei
	%	%	%	%
Wahlberechtigte insgesamt	37	9	8	46
Öffentlicher Dienst insgesamt	53	19	8	20
Beamte	61	17	7	15
Tarifbeschäftigte	48	20	8	24
Ost	62	10	3	25
West	51	20	8	21
Männer	51	21	13	15
Frauen	55	17	5	23
Anhänger der:				
CDU/CSU	93	2	0	5
SPD	27	56	1	16
Grüne	34	28	16	22
Linke	24	21	28	27
FDP	67	3	12	18
AfD	22	0	56	22

Während im Gegensatz zum Durchschnitt aller Wahlberechtigten nur 20 Prozent aller im Öffentlichen Dienst Beschäftigten keiner Partei politische Kompetenz zur Lösung der in Deutschland anstehenden Probleme zutrauen, sind die Zweifel daran deutlich größer, dass die politischen Parteien sich auch für die Belange des Öffentlichen Dienstes einsetzen.

So glauben 40 Prozent der öffentlich Bediensteten nicht, dass irgendeine Partei dafür sorgt, dass der Öffentliche Dienst in der Öffentlichkeit anerkannt wird und seine Beschäftigten respektiert werden. Dass sich irgendeine Partei dafür einsetzt, dass sich der Öffentliche Dienst auch zukünftig weiter positiv entwickeln kann, das glauben 35 Prozent nicht. Und fast ebenso viele (33 %) glauben nicht, dass irgendeine Partei sich in besonderem Maße für eine gute und gerechte Bezahlung der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten einsetzt.

Dass sie zukünftig für eine positive Entwicklung des Öffentlichen Dienstes und für mehr öffentliche Anerkennung sorgen, trauen etwas mehr der öffentlich Bediensteten, die überhaupt irgendeiner Partei entsprechende Kompetenzen zutrauen, der Union als der SPD zu. Der SPD wird hingegen eher als der Union zugetraut, sich für eine gute und gerechte Bezahlung der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten zu sorgen.

▪ **Der Öffentliche Dienst und die Parteien I**

	Sorgt für eine positive Entwicklung des Öffentlichen Dienstes auch in der Zukunft	Sorgt dafür, dass der Öffentliche Dienst in der Öffentlichkeit anerkannt und respektiert wird	Setzt sich für eine gute und gerechte Bezahlung der öffentlich Bediensteten ein
	_____%	_____%	_____%
CDU/CSU	29	27	24
SPD	27	24	33
FDP	4	4	4
Grüne	1	1	1
sonstige Partei	4	4	5
keine Partei	35	40	33

Bei der Einschätzung der Stellung der Parteien zum Öffentlichen Dienst zeigen sich sehr deutliche Unterschiede zwischen den Beamten und den Tarifbeschäftigten. So glauben mehr Tarifbeschäftigte als Beamte, dass keine Partei sich in besonderem Maße um die Belange des Öffentlichen Dienstes kümmert.

Wenn sich überhaupt eine Partei um die Belange des Öffentlichen Dienstes kümmert, dann ist das nach Meinung der Beamten am ehesten die Union, nach Meinung der Tarifbeschäftigten am ehesten die SPD.

▪ **Der Öffentliche Dienst und die Parteien II**

	Sorgt für eine positive Entwicklung des Öffentlichen Dienstes auch in der Zukunft		Sorgt dafür, dass der Öffentliche Dienst in der Öffentlichkeit anerkannt und respektiert wird		Setzt sich für eine gute und gerechte Bezahlung der öffentlich Bediensteten ein	
	Beamte	Tarifbeschäftigte	Beamte	Tarifbeschäftigte	Beamte	Tarifbeschäftigte
	%	%	%	%	%	%
CDU/CSU	38	23	37	21	34	17
SPD	21	32	16	29	26	37
FDP	5	4	6	2	5	3
Grüne	1	1	1	1	0	1
sonstige Partei	4	4	1	5	5	7
keine Partei	31	36	39	42	30	35

7. Meinungen zu den Kanzlerkandidaten von Union und SPD

Bei der Einschätzung der politischen Kompetenz der beiden Kanzlerkandidaten von Union und SPD trauen deutlich mehr der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten Angela Merkel zu, mit den anstehenden Problemen in Deutschland fertig zu werden. Merkel trauen 61, Martin Schulz nur 23 Prozent diese Kompetenz zu.

Während Merkel bei der Einschätzung der politischen Kompetenz der Kanzlerkandidaten bei allen Wahlberechtigten 32 Prozentpunkte vor Schulz liegt, beträgt ihr Vorsprung bei den öffentlich Bediensteten sogar 38 Prozentpunkte.

Außer bei den der SPD und der Linkspartei zuneigenden öffentlich Bediensteten liegt Schulz in allen anderen Gruppen der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten klar hinter Merkel. Merkels Vorsprung ist bei den Beamten, den öffentlich Bediensteten in den neuen Ländern und den weiblichen öffentlich Bediensteten noch ausgeprägter als im Durchschnitt aller im Öffentlichen Dienst Beschäftigten. Selbst von den SPD-Anhängern unter den öffentlich Bediensteten trauen 31 Prozent Merkel größere politische Kompetenz zu als dem Kanzlerkandidaten „ihrer“ Partei. Von den der Union zuneigenden Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes trauen fast alle (94 %) eher Merkel zu, mit den Problemen im Land besser fertig zu werden.

▪ Einschätzung der politischen Kompetenz von Angela Merkel und Martin Schulz

	Mit den Problemen in Deutschland wird am besten fertig		
	Angela Merkel %	Martin Schulz %	keiner von beiden %
Wahlberechtigte insgesamt	52	20	28
Öffentlicher Dienst insgesamt	61	23	16
Beamte	68	19	13
Tarifbeschäftigte	56	26	18
Ost	71	13	16
West	59	25	16
Männer	56	26	18
Frauen	65	21	14
Anhänger der:			
CDU/CSU	94	3	3
SPD	31	58	11
Grüne	56	32	12
Linke	38	39	23
FDP	73	8	19
AfD	36	4	60

Entsprechend der Einschätzung der politischen Kompetenz der beiden Kanzlerkandidaten würden sich auch deutlich mehr öffentlich Bedienstete für Merkel als für Schulz entscheiden, wenn sie den Bundeskanzler direkt wählen könnten. Mit 56 Prozent liegt Merkel bei der Kanzlerpräferenz 26 Prozentpunkte vor Schulz mit 30 Prozent. Damit ist Merkels Vorsprung bei der Kanzlerpräferenz bei den öffentlich Bediensteten ähnlich groß wie bei allen Wahlberechtigten.

Wie bei der Einschätzung der politischen Kompetenz liegt Merkel auch bei der Kanzlerpräferenz mit Ausnahme der Anhänger der SPD und der Linkspartei in allen anderen Gruppen des öffentlichen Dienstes klar vor Schulz.

Merkels Rückhalt bei den öffentlich Bediensteten mit Präferenz für die Union ist wiederum mit 92 Prozent deutlich größer als der von Martin Schulz bei den öffentlich Bediensteten mit SPD-Sympathien, von denen sich 28 Prozent nicht für Schulz entscheiden würden.

▪ **Kanzlerpräferenz**

	Es würden sich entscheiden für		
	Angela Merkel %	Martin Schulz %	keiner von beiden %
Wahlberechtigte insgesamt	51	22	27
Öffentlicher Dienst insgesamt	56	30	14
Beamte	61	27	12
Tarifbeschäftigte	53	32	15
Ost	66	16	18
West	54	32	14
Männer	51	33	16
Frauen	60	25	15
Anhänger der:			
CDU/CSU	92	4	4
SPD	24	72	4
Grüne	52	42	6
Linke	32	47	21
FDP	66	13	21
AfD	36	0	64

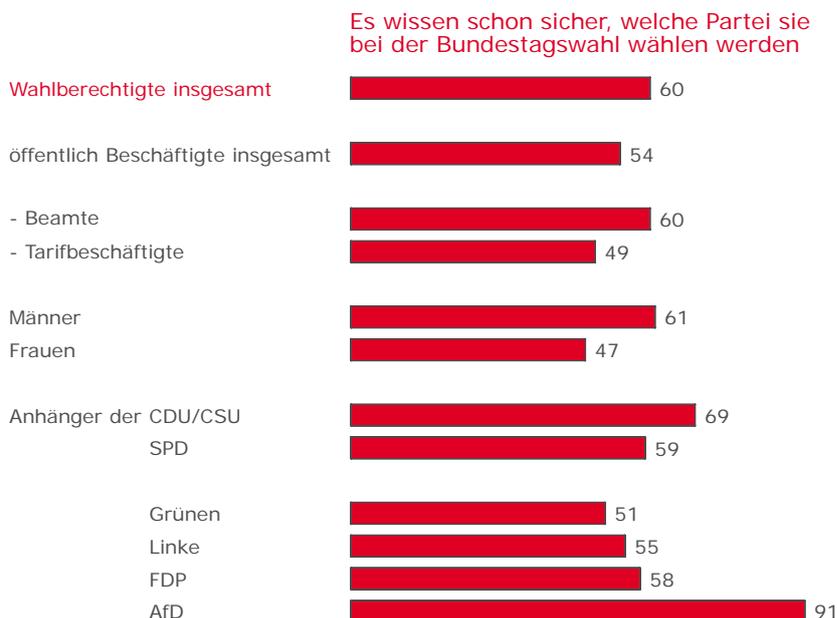
8. Stand der Entscheidungsprozesse der öffentlich Bediensteten zu Beginn der „heißen Phase“ des Wahlkampfs zur Bundestagswahl

Kurz vor Beginn der sog. „heißen Phase“ des Wahlkampfs sind 60 Prozent aller Wahlberechtigten schon sicher, wie sie sich bei der Bundestagswahl am 24. September entscheiden werden. Von den öffentlich Bediensteten insgesamt haben sich bisher etwas weniger (54 %) entschieden, welcher Partei sie ihre Stimme geben wollen.

Größer als im Durchschnitt aller Wahlberechtigten ist der Anteil derer, die sich ihrer Wahlentscheidung schon sicher sind, bei den Beamten, den weiblichen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sowie bei den Anhängern der Union und der AfD (von denen fast alle - 91 Prozent - schon sicher sind, dass sie dieser Partei am äußerst rechten Rand des Parteienspektrums ihre Stimme geben wollen).

Wenn 40 Prozent aller Wahlberechtigten und 46 Prozent der öffentlich Bediensteten angeben, sich ihrer Wahlentscheidung am 24. September noch nicht sicher zu sein, darf dies nicht so interpretiert werden, dass sich ein Großteil der Wahlberechtigten erst wenige Tage vor der Wahl oder gar erst in der Wahlkabine für eine Partei entscheiden würden; denn unter den derzeit noch Unentschlossenen befinden sich viele, die gar nicht zur Wahl gehen werden, dies aber den Interviewern, die sie befragen, aber auch sich selbst gegenüber nicht zugeben. In Deutschland bekennen sich nämlich seit jeher die Nichtwähler nicht dazu, dass sie einer Wahl fernbleiben. Berücksichtigt man diesen Anteil von Nichtwählern unter den Unentschlossenen, relativiert sich der Anteil der tatsächlich noch „Unentschiedenen“ und für die eine oder andere Partei zu gewinnende Wähler.

■ Sicherheit der Wahlentscheidung



Die Parteien glauben wie viele Medien, dass inhaltliche Themen den größten Einfluss auf die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger hätten.

Deshalb wurden auch den befragten öffentlich Bediensteten 12 Themenbereiche mit der Bitte vorgegeben zu sagen, welche dieser Themenbereiche für die anstehende Wahlentscheidung den größten Einfluss habe.

Dass die Schaffung eines guten Schul- und Bildungssystems einen sehr großen Einfluss auf ihre Wahlentscheidung habe, geben 51 Prozent der öffentlich Bediensteten an. Jeweils 38 Prozent geben an, die langfristige Sicherung der Renten und Pensionen sowie die Herstellung und Sicherung sozialer Gerechtigkeit hätte sehr großen Einfluss auf die Wahlentscheidung. Fast ebenso viele (36 %) sagen dies von der Gewährleistung der inneren Sicherheit. Eine eher geringe Rolle spielen bei der anstehenden Wahlentscheidung nach Angaben der öffentlich Bediensteten die Beseitigung der negativen Folgen der Globalisierung, die Verbesserung der Infrastruktur im Land, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie die Begrenzung und der Abbau der Staatsverschuldung.

Bei einigen Themenfeldern unterscheiden sich die Einschätzung der Beamten und der Tarifbeschäftigten. So ist für die Tarifbeschäftigten die soziale Gerechtigkeit, die Sicherung der Alters- und Gesundheitsversorgung sowie der Umwelt- und Klimaschutz wichtiger als für die Beamten. Für die Beamten hingegen hat die innere Sicherheit einen höheren Stellenwert als für die Tarifbeschäftigten.

▪ **Für die Wahlentscheidung wichtige Themenbereiche**

Auf ihre Wahlentscheidung hat einen sehr großen Einfluss:	insgesamt %	Beamte %	Tarifbeschäftigte %
- Schaffung eines guten Schul- und Bildungssystems	51	53	49
- Sicherung der sozialen Gerechtigkeit	38	30	43
- langfristige Sicherung der Renten und Pensionen	38	33	42
- Gewährleistung der inneren Sicherheit	36	40	33
- Umwelt- und Klimaschutz	31	27	34
- Einwanderung und Integration	30	31	29
- Sicherung einer guten Gesundheitsversorgung	30	25	33
- Erhalt der äußeren Sicherheit	27	28	27
- Bewältigung der negativen Folgen der Globalisierung	16	13	18
- Verbesserung der Infrastruktur im Land	14	15	13
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	14	13	15
- Begrenzung und Abbau der Staatsverschuldung	9	10	8

Von den öffentlich Bediensteten, die sich schon für eine Partei entschieden haben, würden zu Beginn der „heißen“ Phase des Wahlkampfs 40 Prozent der Union die Stimme geben, 25 Prozent der SPD. 12 Prozent der im öffentlichen Dienst Beschäftigten wollen die Grünen, 8 Prozent die Linkspartei, 7 Prozent die FDP und 6 Prozent die AfD wählen.

Unter den Tarifbeschäftigten ist die Präferenz für die SPD und die Linkspartei deutlich größer als bei den Beamten. Ebenso größer ist die Präferenz der Tarifbeschäftigten auch für die Grünen und die AfD. Bei den Beamten ist dafür die Präferenz für die Union 10 Prozentpunkte höher als bei den Tarifbeschäftigten.

▪ **Wahlabsicht der öffentlich Bediensteten**

	Öffentlicher Dienst insgesamt <u>%</u>	Beamte <u>%</u>	Tarif- beschäftigte <u>%</u>
CDU/CSU	40	46	36
SPD	25	23	27
Linke	8	6	10
Grüne	12	11	12
FDP	7	8	7
AfD	6	5	6
Sonstige	2	1	2

9. Koalitionspräferenzen

Da mit Sicherheit auch bei der bevorstehenden Wahl zum Bundestag wie schon bei 17 der 18 bisherigen Bundestagswahlen keine Partei die absolute Mehrheit erhalten wird (nur 1957 gelang es der Union, die absolute Mehrheit der Stimmen zu erhalten), wird es wieder eine Koalition zwischen mehreren Parteien geben müssen.

Von den öffentlich Bediensteten hätten 22 Prozent persönlich am liebsten eine Koalition der CDU, CSU und FDP. 19 Prozent würden sich eine Fortsetzung der jetzigen Koalition aus CDU, CSU und SPD wünschen, 10 Prozent präferieren eine Koalition aus Union und Grünen, 5 Prozent eine Dreierkoalition aus Union, FDP und Grünen.

Jeweils 13 Prozent wünschen sich eine Koalition zwischen SPD und Grünen bzw. SPD, Grünen und Linkspartei. Ein Dreierbündnis aus SPD, Grünen und FDP würden 4 Prozent der öffentlich Bediensteten präferieren.

Das größte Verständnis für die Belange des Öffentlichen Dienstes hätte nach Meinung von 24 bzw. 22 Prozent eine schwarz-gelbe bzw. eine Große Koalition.

▪ Koalitionspräferenzen I

Koalition aus...	Persönlich wäre *) am liebsten	Das größte Verständnis *) für den Öffentlichen Dienst und dessen Belange hätte
	_____ % _____	_____ % _____
...CDU/CSU und FDP	22	24
...CDU/CSU und Grüne	10	4
...CDU/CSU, FDP und Grüne	5	2
...CDU/CSU und SPD	19	22
...SPD und Grüne	13	8
...SPD, Grüne und Linke	13	7
...SPD, Grüne und FDP	4	2
...sonstige Koalition	8	8

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Die Anhänger der Union unter den öffentlich Bediensteten hätten am liebsten eine Koalition zwischen Union und FDP oder eine Große Koalition. SPD-Anhänger unter den öffentlich Bediensteten sprechen sich am ehesten für ein Bündnis zwischen SPD und Grünen und eine Große Koalition, aber auch für ein Dreierbündnis aus SPD, Grünen und Linkspartei aus.

▪ **Koalitionspräferenzen II**

Persönlich wäre am liebsten eine Koalition aus...	Anhänger der: *)					
	CDU/CSU %	SPD %	Grünen %	Linke %	FDP %	AfD %
...CDU/CSU und FDP	42	2	0	3	60	57
...CDU/CSU und Grüne	15	0	29	1	4	4
...CDU/CSU, FDP und Grüne	6	2	6	0	12	0
...CDU/CSU und SPD	26	26	7	11	3	0
...SPD und Grüne	1	34	30	4	2	0
...SPD, Grüne und Linke	1	20	16	60	0	0
...SPD, Grüne und FDP	0	8	5	1	12	0
...sonstige Koalition	5	7	4	15	8	25

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Über die Hälfte der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten hätte eine von der Union geführte Bundesregierung lieber als eine von der SPD geführte, die nur 30 Prozent der öffentlich Bediensteten wünschen. Dass die neue Bundesregierung von der SPD geführt wird, wünschen sich mehrheitlich nur die Anhänger der SPD, der Grünen und der Linkspartei unter den öffentlich Bediensteten.

52 Prozent der öffentlich Bediensteten glauben auch, dass eine von der Union geführte Regierung das größte Verständnis für die Belange des öffentlichen Dienstes hätte. Dies glauben auch 43 Prozent der SPD- und 49 Prozent der Grünen-Anhänger unter den öffentlich Bediensteten.

▪ **Koalitionspräferenzen III**

	Persönlich wäre am liebsten eine Koalition unter Führung der		Für den öffentlichen Dienst und dessen Belange hätte das größte Verständnis eine Koalition unter Führung der	
	CDU/CSU %	SPD *) %	CDU/CSU %	SPD *) %
Öffentlich Bedienstete insgesamt	56	30	52	17
Beamte	64	24	65	8
Tarifbeschäftigte	50	34	43	22
Ost	58	23	54	14
West	56	32	51	17
Anhänger der:				
CDU/CSU	89	2	73	6
SPD	28	62	43	30
Grüne	42	51	49	22
Linke	15	65	22	30
FDP	79	14	68	12
AfD	61	0	53	11

*) an 100 Prozent fehlende Angaben = „sonstige Koalition“ bzw. „weiß nicht“

10. Zusammenfassung

Die nach der Bundestagswahl zu bildende neue Bundesregierung hat nach Einschätzung der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten eine Vielzahl von Problemen anzupacken - vor allem die Integration der Flüchtlinge. Aber auch um an sich den Ländern zumindest teilweise obliegenden Aufgaben wie die Schul- und Bildungspolitik oder die Bekämpfung der Kriminalität sollte sich die neue Regierung in Berlin kümmern – ebenso wie um die Herstellung sozialer Gerechtigkeit, den Umwelt- und Klimaschutz oder den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme. Genannt werden außerdem noch vielfältige sonstige Problemfelder – von der Sicherung der Arbeitsplätze und der Europapolitik über die Regelung der Abgasprobleme bei den Kraftfahrzeugen, der Gesundheitsversorgung, der Steuer- und Finanzpolitik, den ausreichenden Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche bis zur Friedens- und Außenpolitik, der Förderung der Familien sowie der Umsetzung der Energiewende und der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Insgesamt ist die von den im Öffentlichen Dienst Beschäftigten aufgezählte Liste der anstehenden Probleme im Land differenzierter als die der Wahlberechtigten insgesamt.

Rund zwei Drittel der öffentlich Bediensteten gehen davon aus, dass auch im angelaufenen Wahlkampf die Zuwanderungspolitik und die Integration der Flüchtlinge eine wichtige Rolle spielen wird.

Das Interesse für das politische Geschehen ist bei den im Öffentlichen Dienst Beschäftigten ähnlich groß wie in der Gesamtbevölkerung. Allerdings ist das Interesse für Politik bei den Beamten ausgeprägter als das der Tarifbeschäftigten.

Der Grad der Zufriedenheit mit dem demokratischen System, so wie es in Deutschland besteht, ist bei den öffentlich Bediensteten größer als bei allen Wahlberechtigten. Wiederum sind zwischen Beamten und Tarifbeschäftigten Unterschiede zu registrieren: Die Beamten sind mit dem demokratischen System noch zufriedener als die nicht verbeamteten Angehörigen des Öffentlichen Dienstes.

Keinen Unterschied gibt es zwischen Beamten und Tarifangehörigen beim Anteil derer, die eine langfristige Parteibindung aufweisen. Trotz aller immer wieder unterstellter angeblicher großer Volatilität der Wähler geben zwei Drittel der öffentlich Bediensteten an, eine langjährige Bindung an eine Partei zu haben. Dabei neigen Beamte häufiger zur Union als die Tarifbeschäftigten, während die Tarifbeschäftigten häufiger als die Beamten den Grünen und der Linkspartei zuneigen. Diese Unterschiede sind dadurch bedingt, dass sich die Beamten selbst im Vergleich zu allen Wahlberechtigten eher etwas rechter, die Tarifbeschäftigten eher etwas linker verorten. Insgesamt verorten sich die Anhänger der einzelnen Parteien unter den im Öffentlichen Dienst Beschäftigten eher in Richtung politischer Mitte als die Anhänger der einzelnen Parteien unter allen

Wahlberechtigten. Eine Ausnahme bilden nur die Anhänger der AfD, die sich sowohl bei allen Wahlberechtigten wie auch bei den im Öffentlichen Dienst Beschäftigten klar dem rechten Rand zuordnen.

Die öffentlich Bediensteten trauen den Parteien eher politische Kompetenz zu als die Wahlberechtigten insgesamt. Dabei trauen auch die öffentlich Bediensteten wie auch die Wahlberechtigten insgesamt eher der Union als der SPD zu, mit den Problemen in Deutschland fertig werden zu können.

Etwas verhaltener als das Zutrauen zur generellen politischen Kompetenz der Parteien fällt die Bewertung der öffentlich Bediensteten bei der Frage aus, wer am ehesten für die Belange des Öffentlichen Dienstes eintritt. Hier erwarten nur ein Drittel bis zwei Fünftel von den Parteien ein besonderes Engagement für den Öffentlichen Dienst.

Bei der Bewertung der beiden Kanzlerkandidaten schneidet Angela Merkel wie bei den Wahlberechtigten insgesamt auch bei den öffentlich Bediensteten deutlich besser ab als Martin Schulz – sowohl bei der persönlichen Präferenz also auch bei der Einschätzung der politischen Kompetenz.

60 Prozent der Beamten und 49 Prozent der Tarifbeschäftigten haben sich Anfang August – also fast zwei Monate vor dem Wahltermin – bereits für eine Partei entschieden. Geht man davon aus, dass auch von den öffentlich Bediensteten ein Teil gar nicht zur Wahl geht, ist der Anteil der noch Unentschlossenen gar nicht so groß wie häufig unterstellt. Am sichersten sind sich ihrer Wahlentscheidung die Anhänger der AfD unter den im Öffentlichen Dienst Beschäftigten.

Die aktuelle Präferenz für die Union ist bei den Beamten mit 46 Prozent größer als bei den Tarifbeschäftigten mit 36 Prozent. Tarifbeschäftigte wollen etwas häufiger als Beamte der SPD und der Linkspartei ihre Stimme geben.

Von einer Wechselstimmung – wie sie etwa bei der Bundestagswahl 1998 vorhanden war – ist 2017 auch bei den öffentlich Bediensteten wenig zu spüren. Die Hälfte der Tarifbeschäftigten und gar fast zwei Drittel der Beamten möchten auch nach dem 24. September ein von der Union geführtes Regierungsbündnis haben. Und von einer von der CDU/CSU geführten Regierung auf Bundesebene erwarten die öffentlich Bediensteten auch eher als von einer von der SPD geführten Regierung, dass sie Verständnis für die Belange des Öffentlichen Dienstes hat.